

Die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Bergkamen begrüßt nicht nur das gemeinsame Schreiben des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ an Bundeskanzler Merz und weitere politische Entscheidungsträger, sondern explizit auch die Schärfe des Hilferufes. Nachdem bereits im Februar 2026 eine finanzielle Soforthilfe gefordert wurde, untermauert das Aktionsbündnis die dramatische Finanzlage und beziffert das Haushaltsdefizit auf knapp 32 Mrd. €.

In den vergangenen Haushaltsberatungen haben wir Linke die notwendige Unterstützung von Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen deutlich gemacht und haben auf eine gemeinsame Resolution der demokratischen Kräfte im Rat der Stadt Bergkamen hingewirkt. Das Bund und Land ein entscheidender Faktor der Haushaltsschieflage sind, wird zwar inhaltlich geteilt, diesbzgl. auch ein entsprechendes Signal nach Berlin und Düsseldorf zu senden jedoch nicht. Auch die Ermittlung von Zusatzkosten durch übertragene Aufgaben von Bund und Land für die Stadt Bergkamen in den vergangenen Jahren, um auch das kommunale Finanzdefizit einmal deutlich zu machen, wurde in der vergangenen Ratssitzung mehrheitlich abgelehnt. Es ist daher anzuzweifeln, inwiefern CDU, SPD und Grüne hier Bund und Land tatsächlich in der Verantwortung sehen. Aber auch wie Bund und Land konkret in Verantwortung genommen werden sollen.

Die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Bergkamen nimmt den Hilferuf des Aktionsbündnisses zum Anlass um erneut deutlich zu machen, dass es ohne entsprechende Unterstützung von Bund und Land keine langfristigen und nachhaltigen Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger geben wird. Zudem wird die Gefahr gesehen, dass freiwillige Leistungen, als entscheidender Faktor für eine lebens- und liebenswürdige Kommune, zu Lasten der gesellschaftlichen Teilhabe nicht nur zurückgefahren, sondern eingestellt werden!

Für die freiwilligen Leistungen der Stadt Bergkamen, die Bereiche wie Kultur (bspw. Jugendkunst-, Musik- und Volkshochschule, Stadtmuseum), Kinder (bspw. Übernahme von Elternbeiträgen), Jugend (bspw. Jugendeinrichtungen, Streetwork), Sport (bspw. Schwimmbäder, Sporthallen und -plätze) oder die Förderung von Brauchtum und Ehrenamt (bspw. durch Vereinszuschüsse) umfassen, hat es zur letzten Haushaltsberatung Kürzungs- und Einstellungsvorschläge von Rechtsaußen gegeben.

Wir halten dies für fatal und schließen uns der Forderung des Aktionsbündnisses nach einer Netto-Soforthilfe an.